

"Die EWG-Gespräche in Paris" in Süddeutsche Zeitung (11. Oktober 1961)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; R-Herausgeber Proebst, Herman. 11.10.1961, Nr. 243; 17. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_ewg_gesprache_in_paris"_in_suddeutsche_zeitung_11_oktober_1961-de-82f890c4-b6da-4e71-9569-3051bd9298c1.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Die EWG-Gespräche in Paris

London begründet seinen Aufnahme-Antrag

Wir sind mit Ziel und Zweck der Wirtschaftsgemeinschaft voll einverstanden, sagt Minister Heath

(SZ) Der britische stellvertretende Außenminister Edward Heath hat am Dienstag in Paris den Außenministern der sechs EWG-Länder die Vorschläge Großbritanniens für einen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dargelegt. Heath brachte die Bereitschaft seines Landes zum Ausdruck, Ziel und Zweck der EWG voll anzuerkennen und an der Förderung der europäischen Einheit mitzuwirken. Er forderte allerdings zufriedenstellende Zwischenlösungen für die drei Hauptprobleme Englands: Commonwealth-Handel, britische Landwirtschaft und Verhältnis zur Freihandelszone (EFTA). Nach dem Eintritt Großbritanniens in die EWG werde London auch die Mitgliedschaft in der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) beantragen, sagte Heath.

Von unserem Korrespondenten Alfred Frisch

Paris, 10. Oktober

Der britische Europaminister Heath sieht seine Hauptaufgabe auf der in Paris am Dienstagvormittag begonnenen ersten Konferenz über den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt darin, die zukünftigen Partner von dem guten und ehrlichen britischen Willen zu überzeugen. Er will keine Zweifel daran lassen, daß seine Regierung es sehr ehrlich meint mit der Erfüllung des römischen Vertrages und nicht die geringste Absicht hegt, die Entwicklung zu bremsen. London ist mit allen Regeln des Gemeinsamen Marktes einverstanden und will auch keinen einzigen Paragraphen ändern, sondern erwägt nur vorübergehend gültige Zusatzprotokolle. Es billigt die Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik und sogar die Assoziierung Afrikas, ebenso wie die in Bad Godesberg im Juli anlässlich der Regierungschef-Konferenz der Sechs gefaßten Beschlüsse zugunsten einer engeren politischen Zusammenarbeit, mit der Möglichkeit eines europäischen politischen Status. Die Wahrung der Interessen der EFTA-Partner Großbritanniens bietet keine Schwierigkeiten, denn die betreffenden Länder könnten entweder dem Gemeinsamen Markt beitreten oder sich ihm assoziieren. Für das Commonwealth müßten mehr oder weniger empirische Lösungen gefunden werden, seien es Zollkontingente mit Abnahmeversprechen, seien es Assoziierungsverträge besonderer Art.

So befriedigend diese britischen Erklärungen den politischen Beobachtern auch erscheinen, so warnen sie trotzdem davor, ihre Tragweite zu überschätzen. Die Hindernisse ergeben sich nicht aus den Grundsätzen, sondern aus deren praktischer Anwendung. Man verweist nicht zuletzt auf die an sich einfachen Assoziierungsverhandlungen mit Griechenland, in deren Verlauf sich der europäische Ministerrat in fünf verschiedenen Sitzungen mit einer einzigen technischen Frage beschäftigen mußte. Zu denken gibt in Paris, daß Minister Heath den Wunsch äußerte, mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung seines eigenen Landes die Verhandlungen mit größter Diskretion zu führen, das heißt, die Öffentlichkeit soll möglichst nicht über die technischen Einzelheiten, über die praktischen Folgen des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt frühzeitig unterrichtet werden. Auf diese Weise hofft Heath, gefährliche Gegenströmungen zu vermeiden.

Eine nicht geringe Unklarheit herrscht ferner über die politische Tragweite der britischen Regierungsumbildung. Der nicht gerade europa-freundliche bisherige Handelsminister Maudling wurde befördert und besitzt jetzt im Kabinett stärkeres politisches Gewicht. Innenminister Butler ist zwar in Zukunft nicht mehr der Sprecher der Regierung, es ist vielleicht auch möglich, daß Macmillan ihn als Nachfolgekandidaten etwas in den Hintergrund drängte. Der den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt ablehnende Butler wurde jedoch gleichzeitig zum Präsidenten des für die Ausarbeitung der Instruktionen an die britische Delegation zuständigen interministeriellen Ausschusses ernannt, was zweifellos ein bedeutendes Zugeständnis Macmillans an die Gegner des Gemeinsamen Marktes innerhalb der Konservativen Partei darstellt.

Politische Kreise in Paris und Brüssel befürchten übrigens die eigentlichen Hindernisse auf einer anderen, langfristig viel bedeutenderen Ebene. Die Zoll- und Handelspolitik für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse lassen sich für den Gemeinsamen Markt nicht auf die Sechs, Großbritannien, Dänemark und Norwegen beschränken. In irgendeiner Form muß man zu einer engeren Assoziierung mit der Schweiz, Österreich und Schweden gelangen. Hinzu kommt der zu erwartende Beitritt Spaniens, Portugals und Irlands sowie die Assoziierung der Türkei. Dann finde man den Rahmen des gerade gestorbenen Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) wieder. Dieser scheiterte, weil er in den Jahren vor den Verhandlungen um den Gemeinsamen Markt sich nicht mit zolltechnischen Fragen befassen durfte. Verschiedene Vorstöße zugunsten einer europäischen Zollunion stießen auf unerbittlichen Widerstand Großbritanniens.

In der Nachfolgeorganisation der OEEC befinden sich jetzt die USA und Kanada. Es besteht in Paris und in Brüssel nicht der geringste Zweifel, daß die Vereinigten Staaten eine Entschädigung verlangen werden für die Benachteiligung, die sich für sie aus einer europäischen Zollunion ergibt und dies um so mehr, als diese Zollunion nicht an den europäischen Grenzen haltmachen wird, sondern sich auf Afrika ausdehnt und über Großbritannien auch die Commonwealthstaaten berührt. Man darf nicht vergessen, daß Großbritannien einen erheblichen Teil des Welthandels in den Gemeinsamen Markt einbringt und schon aus diesem Grunde für die Vereinigten Staaten die angestrebte europäische Neuordnung mit erheblichen Folgen verbunden ist. Wie könnte man langfristige Zoll- und Lieferverträge mit Indien, Kanada oder Australien abschließen, ohne ähnliche Zusagen auch den Vereinigten Staaten für ihre Ausfuhr von Getreide, Fett, Tabak und so weiter zu machen? Es entsteht so die Gefahr einer weltweiten Regelung, die auf dem industriellen Gebiet zu einem sehr erfreulichen Ergebnis zu führen vermag, nämlich zur Beseitigung der Einfuhrzölle der Industriestaaten und für die Landwirtschaft zur Ausarbeitung eines weniger befriedigenden Einfuhrkontingentsystems, das heißt, zu einer sterilisierenden Blockierung der Märkte. Nur hat dies mit dem Gemeinsamen Markt nichts mehr zu tun. Eine Zollunion, verbunden mit einer koordinierten Handelspolitik, ist noch keine Wirtschaftsunion und auch keine politische Gemeinschaft. Die gleichen Beobachter stellen fest, daß es für Gemeinschaften ein geographisches Optimum gibt. Wird es überschritten, dann läßt sich keine wirkungsvolle Organisation mehr aufbauen. Man muß zwischen den zweifellos wünschenswerten Zielen einer Rückkehr zu einem weltweiten freien Warenverkehr nach dem Modell von 1880 und dem politisch notwendigen Zusammenschluß Europas unterscheiden.

Selbstverständlich machen sich die Beobachter Gedanken darüber, wie die drohende Verwässerung des Gemeinsamen Marktes vermieden werden kann. Eine Möglichkeit bestünde darin, die Zoll- und Handelsfragen der neuen Europäisch-Atlantischen Wirtschaftsorganisation (OECD) zu überlassen und die eigentliche Gemeinschaft auf dem Gemeinsamen Markt, erweitert durch Großbritannien, zu beschränken. Man glaubt, zu wissen, daß die Entscheidung Großbritanniens zugunsten des Gemeinsamen Marktes nicht zuletzt politisch bedingt ist. Als völlig unentbehrlich gilt die beschleunigte Konsolidierung des Gemeinsamen Marktes durch den Beginn der gemeinsamen Agrarpolitik vor Jahresende und auch durch eine energische Untermauerung der politischen Zusammenarbeit anlässlich der nächsten Regierungschef-Konferenz, die Anfang November in Rom stattfindet. Nur wenn der europäische Kern eine europäische Kraft besitzt, besteht Hoffnung, die ursprünglichen Zielsetzungen des Gemeinsamen Marktes zu bewahren und eine weltweite Verbesserung, die die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Zoll- und Handelspolitik zur Verteidigung ihrer Interessen wahrscheinlich fordern müssen, auszugleichen. Schließlich wünschen diese Pariser und Brüsseler Kreise als weitere Garantie eine stärkere deutsch-französische Verflechtung, nicht zuletzt politischer Art. Es wäre für de Gaulle und Adenauer der Zeitpunkt kühner Initiativen in dieser Richtung gekommen.

Die Konferenz am Dienstagvormittag diente nur den Darlegungen des britischen Europaministers Heath, der anschließend seine Thesen der Presse erläuterte. Bereits am Ende des Vormittags trafen sich unter Vorsitz von Professor Erhard die Minister des Gemeinsamen Marktes zu einer kürzeren Arbeitstagung, um sich über die Prozedur der weiteren Verhandlungen zu einigen. Am Nachmittag begann die Prozedurdebatte mit Großbritannien über eine Reihe ausschließlich technischer Fragen, Festsetzung der Termine, Bildung eines Sekretariats, Vorsitz und so weiter. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes zu den Darlegungen des britischen Ministers nicht sofort Stellung nehmen können, sondern zunächst einmal das Gutachten der europäischen Kommission in Brüssel abwarten müssen.